

## Sitzungsniederschrift

Der Finanzausschuss der Stadt Kremmen führte die 15. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 21.11.2017 in Rathaus Kremmen, Am Markt 1, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße 1 um 19.00 Uhr durch.

### **a) anwesend**

Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Brunner, Christoph	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Grund, Herta	sachkundiger Einwohner
Eschenbach, Manfred	sachkundiger Einwohner
Fiene, Klaus-Peter	sachkundiger Einwohner

### **b) abwesend**

Kretzschmar, Andreas	Mitglied
----------------------	----------

### **c) von der Verwaltung anwesend**

Frau Schönrock

### **d) Gäste**

### **e) Presse**

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige -** Einladung vom **12.11.2017** auf **Dienstag**, den **21.11.2017** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Die Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige -** Einberufung **keine** Einwendungen erhoben wurden.

## Bestätigte Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 28.09.2017
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Empfehlung der Haushaltssatzung der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2018
6. Sonstiges

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 28.09.2017
2. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift		Abstimmungsergebnis		
	Finanzausschusssitzung am 21.11.2017		Ja	Nein	Enth
<b>I. Öffentlicher Teil</b>					
1.	<b>Eröffnung der Sitzung</b> Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Gebauer, begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 19.00 Uhr die 15. Sitzung. Herr Kretschmar fehlt unentschuldigt.				
2.	<b>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 28.09.2017</b> Es werden keine Einwendungen vorgetragen, somit gilt der öffentliche Teil der Sitzung als bestätigt.				
3.	<b>Feststellung der Tagesordnung</b> Änderungsanträge werden nicht gestellt, somit wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.				
4.	<b>Einwohnerfragestunde</b> Frau Lühder berichtet, dass sich der Umweltbeirat mit der Haushaltsposition "Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten" (Nachpflanzungen) beschäftigt hat. Es wurde festgestellt, dass die im Haushaltsentwurf 2018 eingestellte Summe in Höhe von 3,0 T€ für die Ersatzpflanzungen viel zu gering ist. In der letzten SVV wurde die Anfrage gestellt, wie viele Ersatzpflanzungen aus den vergangenen Jahren aufgelaufen sind und 2018 nachgepflanzt werden müssen. Aus der Antwort geht hervor, dass 38 Fällungen im Frühjahr durchgeführt wurden und 30 Nachpflanzungen erfolgt sind. Es müssen also noch 8 Bäume nachgepflanzt werden. Aus dem eigenen Erlebnisbereich könne sie für allein für Kremmen 3 - 4 Bäume nennen, die nachgepflanzt werden müssen. Auch der Ortsvorsteher aus Sommerfeld hatte in einer SVV zwei Standorte für Nachpflanzungen benannt. Die Verwaltung sollte eine Aufstellung machen, wie viel Nachpflanzungen evtl. nach Kremmener Baumschutzsatzung nicht angegangen sind und über die Fällungen, die evtl. doch durchgeführt wurden. Es mache keinen Sinn, mit so einer niedrigen Summe in den Haushalt 2018 zu gehen und später festzustellen, dass die Mittel nicht ausreichen. Frau Dr. Gebauer informiert, dass sie dazu im Zuge der Haushaltsberatung Ausführungen geben wird.				
5.	<b>Beratung und Empfehlung der Haushaltssatzung der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2018</b> Frau Dr. Gebauer informiert über erfolgte Änderungen seit der letzten Ausschusssitzung. Sie verweist auf die Tischvorlage von Frau Haak, bei der sich bei den Erträgen und Aufwendungen im Kitabereich und in der ersparten Kreisumlage Änderungen ergeben haben, die sich jedoch nicht auswirken. Da keine Anfragen gestellt werden, geht sie auf die von Frau Lühder				

angesprochenen Nachpflanzungen ein. Im Ergebnisplan sind 3,0 T€ für Nachpflanzungen vorgesehen. Auch sie ist der Meinung, dass diese Summe viel zu niedrig angesetzt ist. Eine Rücksprache beim Ordnungsamt, Frau Richter, habe ergeben, dass es sich um 81 Bäume handelt, die dem letzten Sturm zum Opfer gefallen sind und die Kommune direkt betreffen. Laut Aussage von Frau Richter müsse man Kosten in Höhe von 200,00 € plus Mehrwertsteuer je Baum ansetzen. Wenn man diese 81 Bäume nachpflanzt, müssen dafür 20,0 T€ in den Haushalt eingestellt werden. Derzeit weise der Haushaltsentwurf 2018 noch einen Puffer von 5,7 T€ aus, so dass noch ca. 14,3 T€ bereitgestellt werden müssten. Wenn wir 20,0 T€ in der Position erhöhen wollen, müsse die Summe in den Erträgen erhöht oder bei den Aufwendungen gekürzt werden.

Herr Eschenbach erkundigt sich, wo die 81 Bäume stehen. Hintergrund seiner Frage sei abzuwägen, wo Nachpflanzungen sinnvoll sind. Bäume, die betroffen sind und ins Stadtbild passen, sollten nachgepflanzt werden - im Stadtwald würde er keine Nachpflanzungen vornehmen. Bevor 20,0 T€ für Nachpflanzungen in den Haushalt aufgenommen werden, sollte man differenzieren.

Herr Busse informiert, dass es sich bei den 81 Bäumen nicht um Straßenbäume, sondern um gemeldete Fälle handelt. Hier ist die Stadt für die Nachpflanzungen zuständig. Der Stadtwald wurde gar nicht berücksichtigt und dort sei auch lt. Aussage des Revierförsters kein großer Schaden zu verzeichnen. Der größte Schaden ist in Orion an der Kreuzung zu verzeichnen, dort werde aber nicht mehr aufgeforstet. Er spricht sich gegen die Erhöhung dieser Haushaltsposition in dieser Größenordnung aus. Seit 2012 wurden immer 6,0 T€ für Nachpflanzungen eingestellt. Da aber bisher nur sehr wenige Mittel ausgegeben wurden, ist diese Summe auf 3,0 T€ gekürzt worden. Die Mittel auf 6,0 T€ zu erhöhen, halte er für machbar. Er verweist auf Firmen und Investoren, die Nachpflanzungen durchführen müssen und in der Verwaltung Standorte für die Nachpflanzungen erfragen. Die Stadt müsse dann Flächen für Ersatzpflanzungen zur Verfügung stellen.

Frau Grund fragt an, in welchem Zeitraum die Nachpflanzungen an den Landesstraßen erfolgen. Herr Busse teilt mit, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da dafür der Landesbetrieb Straßenwesen zuständig sei. Diese Behörde müsse sich aber auch an Gesetze halten und wird Nachpflanzungen vornehmen.

Frau Grund spricht weiterhin die Beräumung der Landesstraßen

an. Hier erfolgte eine relativ zügige Beräumung, während dies innerhalb der Orte sehr lange Zeit gedauert hat. Sie spricht insbesondere den Döringsbrücker Weg an, der einige Tage lang nicht passierbar war.

Herr Busse entgegnet, dass die Feuerwehr bei Bekanntwerden von unpassierbaren Straßen und Wegen Rettungswege gewährleistet hat. Herr Förster berichtet, dass der Weg ca. eine Woche nicht befahrbar war. Er sei dann dort hingefahren und habe den Weg wieder befahrbar gemacht. Jetzt müssen noch Aufräumarbeiten erfolgen.

Frau Dr. Gebauer spricht das Energiekonzept an, in dem hervorgehoben wird, wie grün Kremmen ja sein möchte. Es seien genügend Standorte vorhanden, um 80 Bäume zu pflanzen. Außerdem würde die Stadt damit ein positives Zeichen für die Bürger setzen. Sie plädiert dafür, die benötigten 14,3 T€ noch zusätzlich in den Haushalt 2018 für die Nachpflanzungen einzustellen und schlägt vor, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erhöhen, da das sowieso nur Planansätze sind, die nicht punktgenau eingehalten werden. Damit könnte im Stadtgebiet mehr Grün geschaffen werden. Herr Dietrich merkt an, dass nicht nur im Stadtgebiet, sondern auch in der Straße des Friedens und im Judenweg Nachpflanzungen erfolgen müssten. Standorte finden sich in allen Ortsteilen, fügt Herr Förster hinzu.

Herr Fiene erkundigt sich, ob es eine Richtlinie gibt, in welchem Zeitfenster die Nachpflanzungen erfolgen müssen und regt eine Pflanzung in Etappen an. Wir haben die Möglichkeit, die Bäume aufgrund der Sturmsituation und Anregungen der Bevölkerung jetzt zu pflanzen, meint Herr Brunner. Durch den feuchten Boden sei jetzt die beste Zeit für das Anwachsen der Bäume und dieser Zeitpunkt sollte nicht hinausgezögert werden. Aufgrund der jetzigen Situation sollte auch kurzfristig reagiert werden. Unter der Voraussetzung, dass keine anderen Haushaltspositionen gekürzt werden, plädiert Herr Eschenbach ebenfalls für die Pflanzungen in diesem Jahr.

Herr Busse gibt zu bedenken, dass man nicht wisse, ob die Steuereinnahmen so kommen, wie sie ausgewiesen sind.

Frau Schönrock informiert, dass 1,3 Mio € Gewerbesteuerereinnahmen geplant waren, derzeit liegen wir bereits bei 1,8 Mio €. Mit der Idee, die Bäume noch in diesem Jahr zu pflanzen und ein Zeichen zu setzen, könne sie mitgehen. Es könnte ein ÜPL-Beschluss über 20,0 T€ gefasst werden und wenn die Bäume in diesem Jahr nicht mehr bezahlt werden

können, erfolgt eine Resteübertragung. Diese Option wird von den Anwesenden positiv aufgenommen. Auf Anfrage von Herrn Rakow, ob die für die Nachpflanzungen eingeplante Summe von 3,0T€ auf 6,0 T€ aufgestockt wird, informiert Frau Dr. Gebauer, dass dies unproblematisch erfolgen könne. Aufgrund des Haushaltsrestes wird die Summe von 3,0T€ auf 6,0T€ erhöht und zur SVV am 07.12.2017 wird ein Beschlussantrag eingebracht, so dass am Entwurf der Haushaltssatzung 2018 nichts mehr geändert werden müsse, fasst Frau Dr. Gebauer zusammen. Anschließend beantworten Frau Schönrock und Frau Dr. Gebauer Anfragen.

Herr Voigts bittet um Erläuterungen zu den gestiegenen Erträgen und der ersparten Kreisumlage. Es wurde gesagt, dass die Ansätze steigen, dies aber ergebnisneutral sei. Frau Dr. Gebauer erläutert, dass die größte Sache die Kindertagesstätten betrifft. Es gibt einen Kita-Vertrag mit dem Landkreis Oberhavel und den Kommunen, der besagt, dass lt. KitaG mindestens 84 % der Personalkosten bezuschusst werden. Der Kita-Vertrag sagt aber, dass es Fördermittel vom Land gibt, die unangetastet weitergegeben werden. Der Landkreis gibt noch einmal ca. 8,4 Mio €. Diese Differenzsumme zu den 84 % muss die Kommune selber tragen und dafür wird ihr ein Teil der Kreisumlage erspart. Es sind also fiktive Zahlen, weil wir diese Erträge ja nicht zahlen, aber gleichzeitig zahlen wir auch nicht die Kreisumlage in vollem Umfang. Weiterhin betrifft es noch die AMI-Beiträge.

Herr Voigts spricht weiterhin die Abschreibungen an und stellt fest, dass diese im vorläufigen Ergebnis 2016 sehr niedrig waren, 2017 schon plausibler. Frau Schönrock merkt an, dass derzeit der Jahresabschluss 2013 gefertigt wird, daher sind diese Zahlen im vorläufigen Ergebnis nicht mit enthalten. Die Summe, die im Haushaltsentwurf aufgeführt ist, sind Abschreibungen aus Kleinstbeträgen.

Herr Eschenbach spricht die Kredite an und fragt, ob sich in 2019 einige Kredite erledigen. Frau Schönrock berichtet, dass sich die Hälfte des Kredites der Flüchtlingsunterkünfte und auch die alten Kredite aus den 90er Jahren erledigen, so dass dann nur noch die neuen Kredite aus den letzten 3 Jahren bedient werden müssen. Herr Eschenbach merkt an, dass wir höhere Abschreibungen und eine geringere Tilgung bei den Krediten haben und somit Rücklagen für zukünftige Instandhaltungen gebildet werden können.

Weitere Anfragen werden zum Ergebnishaushalt nicht gestellt. Frau Dr. Gebauer bezieht sich anschließend auf den

	<p>Finanzhaushalt. Hier sind keine Änderungen erfolgt. Sie berichtet über den, in der letzten SVV bereits vorgetragenen Wunsch, auch im Hortbereich einen überdachten Fahrradstellplatz zu schaffen und hierfür Haushaltsmittel i.H.v. 25,0 T€ einzustellen.</p> <p>Herr Brunner schlägt vor, die 400,0 T€ für die Sanierung der alten Turnhalle um 25,0 T€ zu kürzen und für die Halle nur 375,0 T€ einzustellen, da er davon ausgeht, dass die eingestellten Mittel nicht vollständig ausgegeben werden. Herr Busse informiert, dass Anfang des Jahres ein Gutachten mit einer kompletten Planung für die Turnhalle erstellt wurde. Der Plan ist mit den LP 1-3 beauftragt und es liegt eine Grobschätzung mit einer evtl. Schadstoffbelastung von 402,0 T€ vor. Er hätte gegen den Vorschlag von Herrn Brunner nichts einzuwenden. Auch Frau Dr. Gebauer spricht sich für diesen Vorschlag aus. Weitere Änderungen werden nicht vorgetragen.</p> <p>Die Ausschussmitglieder empfehlen einstimmig die Haushaltssatzung der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2018 mit den genannten Änderungen.</p>			
6.	<p><b>Sonstiges</b></p> <p>Herr Eschenbach spricht den Arbeitsaufwand für die Erstellung der Bescheide der Wasser- und Bodenverbände an und bezieht sich auf geringfügige Beträge. Er erkundigt sich, ob hier keine andere Lösung gefunden werden kann. Frau Schönrock berichtet, dass das Land Brandenburg das Wassergesetz ändern wird, ob es günstiger wird, werde sich dann zeigen. Herr Busse ergänzt, dass die Stadt insgesamt eine Differenz von ca. 25,0 - 30,0 T€ hätte, wenn sie diese geringen Beträge nicht einfordern würde. 180,0 T€ werden eingenommen und dann müsse die Arbeitskraft berücksichtigt werden.</p> <p>Herr Dietrich informiert über die schlechte Bausubstanz der Bowlingbahn und über die Betreuung der Sportgaststätte im OT Flatow. Herr Busse macht darauf aufmerksam, dass das Gebäude auf fremdem Grund und Boden steht und ein Erbbaupachtvertrag geschlossen wurde. Nach eingehender Diskussion schlägt er vor, in diesem Jahr noch einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren und die Bowlingbahn in Augenschein zu nehmen. Die Sanierung sei aber keine Sache des Finanzausschusses.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Frau Dr. Gebauer beendet den öffentlichen Teil um 19.50 Uhr.</p>			

